

## Heil- und Genesungsfürsorge für Kinder und Jugendliche

Fachliche Weisung 37/55

---

### I. Allgemeines.

(1) Die Heil- und Genesungsfürsorge für Kinder und Jugendliche -eine wichtige Aufgabe heilender und vorbeugender Gesundheitsfürsorge- wird von der Sozialbehörde - Landesfürsorgeamt (II 5)- und der Gesundheitsbehörde gemeinsarm mit den Versicherungsträgern durchgeführt. Die ärztliche Seite der Verschickung, insbesondere die Auswahl der Kinder, die Bestimmung der Heime und die Überwachung des Kurerfolges, ist Aufgabe der im Landesfürsorgeamt -II 5- (Entsendestelle) tätigen Ärzte der Gesundheitsbehörde, während die gesamte Durchführung der Verschickung (vgl. Abs. 3 ff.) der Sozialbehörde obliegt, die auch für Kinder von Versicherten die Versicherungsträger zu den Kosten heranzieht.

(2) Mit der Schulbehörde, Abt. Schulfürsorge, deren Aufgabe eine mindestens vierwöchige Kurverschickung von Schulkindern zwecks Verhütung erkennbar drohender Gesundheitsschäden ist, und mit der Jugendbehörde, durch die die örtliche Erholungsfürsorge durchgeführt wird, besteht eine enge Zusammenarbeit.

### II. Alterseinteilung der Kinder und Jugendlichen.

(3) Die Verschickung wird getrennt durchgeführt für Kleinkinder bis zum Beginn des Schulbesuchs, Schulkinder und Jugendliche, solange sie eine Schule besuchen oder in der Lehre sind.

### III. Von der Sozialbehörde belegte Heime.

(4) Die Sozialbehörde belegt die aus der die Anlage ersichtlichen Genesungsheime, die u.a. auch nach ihrer klimatischen Lage ausgewählt sind. Es können Höhensonnenbestrahlungen und zum Teil Solbäder verabfolgt werden. Abhärtung, moderne Ernährung, spielerischer Sport sowie Gymnastik sind weitere gezielte Kuranwendungen. Die Kurdauer beträgt 6-8 Wochen. Die Heime sind mit ausgebildetem Fachpersonal (Jugendleiterinnen, Schwestern, Kindergärtnerinnen und Kinderpflegerinnen) besetzt und stehen unter ärztlicher Aufsicht. Zur Aufnahme kommen gesundheitlich geschädigte und gefährdete Kinder und Jugendliche, insbesondere Rekonvaleszenten nach schweren Erkrankungen (Lungenentzündung,

Diphtherie, Scharlach), Rekonvaleszenten nach Herz- und Lungenoperationen, Asthmatiker, Ekzematiker u.a..

#### IV. Zeitpunkt der Verschickung.

(6) Verschickungen in alle Heime werden während des ganzen Jahres durchgeführt. Den Herbst- und Winterkuren werden ärztlicherseits besonders günstige Wirkungen zugeschrieben. Im Hinblick auf die oft schlechten Wohnverhältnisse ist der Verschickung im Winter-Halbjahr besondere Bedeutung beizumessen.

#### V. Verschickungsanträge.

(7) Verschickungsanträge können gestellt werden von den hauptamtlichen Tuberkulosefürsorgeärzten, den Familienfürsorgerinnen in den Bezirks- und Ortsämtern und den Vertrauensärzten der Sozialbehörde, den Krankenhaus-, Kassen- sowie Privatärzten, ferner für Kleinkinder  
durch die Beratungsstellen der Säuglings- und Kleinkinderfürsorge, in denen auch die erste Untersuchung durch die Fürsorgeärzte vorgenommen wird;  
für Schulkinder  
durch die Schulärzte über die Schulvertrauenspersonen;  
für Jugendliche  
durch die Berufsschulärzte, die höheren Schulen, das Arbeitsamt, Abteilung Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung, die Jugendbehörde.

(8) Die Verschickungsanträge werden mit den ärztlichen Gutachten der Entsendestelle zugeleitet, die über den Verschickungsantrag entscheidet. Dort werden die Heime sowie der Zeitpunkt der Entsendung bestimmt.

(9) Anträge, die nicht für eine Verschickung durch die Sozialbehörde, wohl aber durch die Schulbehörde in Betracht kommen, werden dieser gemeldet wie auch umgekehrt die Schulbehörde bei ihr eingehende Verschickungsanträge, für die die Sozialbehörde zuständig ist, dieser weiterreicht.

#### VI. Kostenregelung.

- 10) Die Entsendestelle
- a) prüft, ob Ansprüche gegen Versicherungsträger bestehen und zieht diese zu den Kosten heran,
  - b) stellt in Fällen, in denen die Verschickungskosten von den Versicherungsträgern nicht oder nicht voll getragen werden, fest, ob die Eltern zu den Kosten herangezogen werden können oder die Kosten aus öffentlichen Mitteln zu übernehmen sind.
- (11) Können die Kurkosten durch Eltern und Versicherungsträger voll gedeckt werden, wird die Kostenregelung (Verpflichtung der Eltern) in der Entsendestelle vorgenommen.
- (12) Müssen die Verschickungskosten ganz oder teilweise aus öffentlichen Mitteln übernommen werden, so gibt die Entsendestelle einen Verschickungsbogen über die

Hauptsuchkartei an das Bezirkssozialamt bzw. die Sozialabteilung. Dort ist es Aufgabe der Oberfürsorgerin, die Eltern oder sonstigen Unterhaltspflichtigen zu den Kosten der Verschickung heranzuziehen. Sie setzt die Höhe der Elternbeiträge fest und entscheidet über die Übernahme von Verschickungskosten aus öffentlichen Mitteln. Sie kann die Festsetzung und Entscheidung auch auf die zu ihrer Entlastung bei ihr tätige Fürsorgerin übertragen.

(13) Bei der Festsetzung der Elternbeiträge ist der Verpflichtungsschein laut Vordruck SB. III 111 von beiden Elternteilen zu unterzeichnen. Bei geschiedener Ehe kann von der Unterschrift des Vaters abgesehen werden, wenn die Mutter sorgeberechtigt ist. Die Kostenregelung ist dann mit der Mutter zu treffen. Ob es in Einzelfällen bei höheren Einkommen angebracht ist, an den Vater wegen einer Zuzahlung über seine laufende Unterhaltszahlung hinaus heranzutreten, muss jeweils möglichst vor der Verschickung entschieden werden. Bei Kindern, die in Pflegestellen oder bei Verwandten untergebracht sind, ist stets vorher das Einverständnis des Sorgeberechtigten zur Verschickung und die Kostenverpflichtung von dem Sorgeberechtigten und dem Unterhaltspflichtigen einzuholen. Davon kann abgesehen werden, wenn der Unterhaltspflichtige offensichtlich keinen Unterhalt leistet und auch dazu nicht in der Lage ist.

(14) Bei der Festsetzung des Zuzahlungsbeitrages ist die Fürsorgeakte heranzuziehen. Wenn noch keine Fürsorgeakte besteht, ist ein Vorgang zu fertigen. Der Zuzahlungsbeitrag ist in der Akte oder auf dem Vorgang fest zusetzen und zu begründen. Der Vorgang ist dann in die Sozialabteilung zur Aktenanlage zugeben. Auf dem Verschickungsbogen sind anzugeben:

		Unterstützungsgruppen- Kennziffer
1. a) Tb.-allgemeine Fürsorge und Tb.-Kriegsfolgenhilfe (Pauschale)		3 (bisher 1 und 3)
b) Tb.-Kriegsfolgenhilfe	(Sowjetzonenflüchtlinge)	5
c) Tb.-Kriegsfolgenhilfe	(soziale Fürsorge für Kriegsbeschädigte und Kriegerhinterbliebene)	6
d) allgemeine Fürsorge ohne Tb. und Kriegsfolgenhilfe ohne Tb. (Pauschale)		4 (bisher 2 und 4)
e) Kriegsfolgenhilfe ohne Tb. (Sowjetzonenflüchtlinge)		7
f) Kriegsfolgenhilfe ohne Tb. (Soziale Fürsorge für Kriegsbeschädigte und Kriegerhinterbliebene)		8

2. Die Einnahme-Haushaltsstellen gemäß den Anlagen A und B der DV. 114/44 S. 21-23 vom 31.5.1955 -Buchung der laufenden und einmaligen Barleistungen für das Rechnungsjahr 1955- FW. 25/55.

Die Angabe der Kennziffer ist in jedem Fall kurz zu begründen. Für Fälle der Kriegsfolgenhilfe sind die Ausführungen in der DV. 112/58 zu beachten.

(15) Die Elternbeiträge werden nach folgenden Richtlinien festgesetzt:

Dem Gesamtnettoeinkommen der Haushaltsgemeinschaft (Eltern und von ihnen zu unterhaltende Kinder) abzüglich 30% ist der Richtsatz der öffentlichen Fürsorge, d.h. Richtsatz zum Lebensunterhalt plus Mehrbedarf nach Abs. 8 zu a und evtl. 9 zu a-c der DV. 210/40 (Grünes Heft) plus tatsächliche Miete, und evtl. Fahrgeld bei Berufstätigen gegenüberzustellen. Erwachsene Kinder und sonstige Angehörige im Haushalt mit eigenem Einkommen sowie das verschickte Kind werden nicht mitgerechnet. Der Unterschiedsbetrag wird mit 66 2/3% als Zuzahlung gefordert. Dabei gilt als Höchstbetrag der Zuzahlung der Tagessatz des Heims, in das das Kind verschickt wird (vergl. Abs. 30). Lassen die Gesamteinkommensverhältnisse einer Familie erkennen, dass Selbsthilfe ohne Schwierigkeiten möglich ist, soll von einer Berechnung abgesehen und auf Selbstzahlung verwiesen werden.

(16) Bei der Feststellung des Gesamteinkommens der Familie sind sämtliche Bezüge der im Haus halt lebenden Eltern und der von ihnen zu unterhaltenden Kinder, wie Nettoarbeitsverdienst, Krankengeld, Renten, Wohnbeihilfen, Kindergeld nach dem Kindergeldgesetz, Arbeitslosen- und Arbeitslosenfürsorgeunterstützung und tatsächlich geleistete Unterhaltsbeiträge, zu berücksichtigen. Bescheinigungen über Arbeitsverdienst sind stets für einen längeren Zeitraum, nicht nur für die letzte Lohn- bzw. Gehaltszahlung zu fordern, da diese oft den tatsächlichen Verdienst nicht erkennen lassen. Der Unterhaltsbeitrag ist nach dem Durchschnittseinkommen eines längeren Zeitraums fest zusetzen unter Berücksichtigung der Überstunden.

(17) Besteht das Einkommen der Familie nur aus Rente oder nur aus Arbeitslosenunterstützung oder Arbeitslosenfürsorgeunterstützung oder aus beiden Einkommensarten, ist von einer Berechnung nach Abs. 15 Abstand zu nehmen, aber der Familienzuschlag für das Kind aus der Rente bzw. Arbeitslosenunterstützung oder Arbeitslosenfürsorgeunterstützung zu fordern.

(18) Hat das Kind neben Arbeitsverdienst oder sonstigem Einkommen der Unterhaltspflichtigen eine eigene Rente oder Alimente, so ist diese voll für die Verschickungskosten in Anspruch zu nehmen, sofern das Einkommen der Familie

350 DM monatlich bei Alleinstehenden,  
400 DM monatlich bei Ehepaaren und  
50 DM monatlich für jeden weiteren unterhaltenen Angehörigen

übersteigt.- Daneben ist der aus dem Gesamteinkommen der Eltern -ohne Einnahme des Kindes- sich ergebende Zuzahlungsbetrag nach Abs. 15 festzustellen. Liegt das Einkommen der Eltern unter 350 DM bzw. 400 DM ff. monatlich, ist das Einkommen des Kindes dem Gesamteinkommen hinzuzurechnen und danach nach Abs. 15 die Zuzahlung zu berechnen. Findet Abs. 17 Anwendung, ist im allgemeinen die halbe Rente des Kindes in Anspruch zu nehmen.

(19) Steht neben dem Ehemann auch die Ehefrau in Arbeit, so können von ihrem Einkommen statt 30% bis zu 50% freigelassen werden, wenn infolge ihrer Berufstätigkeit zusätzliche Unkosten im Haushalt entstehen. Das gilt nur bei Kinderverschickung, nicht dagegen bei Tagesheimunterbringung.

(20) Werden in einer Familie mehrere Kinder zu gleicher Zeit verschickt, so sind die Elternbeiträge je Kind angemessen zu ermäßigen.

(21) Wenn das Gesamteinkommen der Familie ohne Abzug der 30% unter dem Bedarfssatz der öffentlichen Fürsorge liegt, kann von einer Zuzahlung abgesehen werden. In der Regel ist aber ein Betrag zu nehmen, wie er etwa dem Verbrauch für das Kind im Haushalt entspricht. Eine Beihilfe von 10 DM soll im allgemeinen mindestens gefordert werden.

(22) Die Kosten für die Verschickung von Kindern durch die Kinder- Heil- und Genesungsfürsorge sind beihilfefähig, Die Beihilfen sind neben den Unterhaltsbeiträgen der Eltern in Anspruch zu nehmen (s. Verpflichtungsschein SB. III 111). Im öffentlichen Dienst beschäftigte Unterhaltspflichtige sind daher bei der Kostenregelung zu veranlassen, unter Beifügung des Vordrucks SB. III 112 einen Beihilfeantrag bei ihrer Beschäftigungsbehörde zu stellen. Ist die bewilligte Beihilfe höher als die tatsächlichen Heimkosten abzüglich des Krankenkassen- und Elternbeitrages, so ist den Eltern der Mehrbetrag zurückzuzahlen-

(23) Bezieht die Familie Fürsorgeunterstützung, so ist die Unterstützung zum Lebensunterhalt für das verschickte Kind voll zu kürzen. Für kleine Bedürfnisse des Kindes anlässlich der Verschickung (Taschengeld, Fahrgeld, Toilettenartikel usw.) kann ein angemessener Betrag je nach Lage des Falles freigelassen bleiben bis höchstens 10 DM. Erhält das verschickte Kind keine Unterstützung, sondern eine Waisenrente, so ist die halbe Rente des Kindes in Anspruch zu nehmen. Dieser Zuzahlungsbetrag kann dann der Einfachheit halber von der Unterstützung der Eltern gekürzt werden. (Wird das Kind ohne Kostenbeteiligung der Sozialbehörde durch die Schulfürsorge verschickt, ist von einer Kürzung der Unterstützung abzusehen, da die Eltern einen Beitrag von 20 DM an die Schulfürsorge leisten müssen.)

(24) Von den vorstehenden Richtlinien kann abgewichen werden, wenn besondere Gründe dafür vorliegen. So können besondere Belastungen berücksichtigt werden (z.B. vernünftige Abzahlungsraten für notwendigen Hausrat und Kleidung, angemessene Beiträge zu Bausparkassen, Sonderaufwendungen aus Krankheitsgründen, zusätzliche Unkosten im Haushalt bei alleinstehenden, berufstätigen Frauen). Nicht berücksichtigt werden können Verbandsbeiträge, Abzahlungsraten für nicht notwendigen Hausrat und Kleidung, unangemessen hohe Baukostenzuschüsse und Bausparkassenbeiträge und dergleichen.

(25) Bei Empfängern von Unterhaltshilfe, die keinen Anspruch auf Krankenhilfe nach der RVO. oder anderen gesetzlichen Vorschriften haben, sind die Kosten der Verschickung Leistungen der Krankenversorgung nach § 276 Abs. 5 LAG., die ohne Prüfung der Hilfsbedürftigkeit und ohne Heranziehung der Eltern zu übernehmen sind. Absatz 3 S. 62 der DV. 259/15 ist zu beachten. Zur Verrechnung dieser Kosten mit dem Ausgleichsfonds und dem Bund sind bei Unterhaltshilfeempfängern der Reiseschein (Abs. 28) und der Verschickungsbogen (Abs. 12) neben der Spalte "Position" mit der Kennziffer nach der DV. 114/44 S. 21-23 Abs. 10 zu versehen.

(26) Die Oberfürsorgerin hat den zuständigen Block zu veranlassen, die festgesetzten Elternbeiträge zum Soll zu stellen (vergl. Abs. 1 der DV. 143/71 S. 11-15), soweit nicht die Kosten bereits bei Unterzeichnung des Reisescheins (Abs. 27) gezahlt worden sind.

(27) Die Abrechnung mit den Heimen, den Versicherungsträgern und mit den Behörden, die eine Beihilfe zu den Verschickungskosten zugesagt haben, ist Aufgabe der Entsendestelle. Ebenso hat sie mit den sogenannten Vollzahlern, die in der Entsendestelle verpflichtet wurden, abzurechnen. Außerdem hat die Entsendestelle für die richtige Aufteilung der Kosten nach Positionen (allgemeine Fürsorge oder Kriegsfolgenhilfe) zu sorgen.

## VII. Durchführung der Verschickung.

(28) Vor der Abreise des Kindes stellt die Entsendestelle einen Reiseschein aus, den die Eltern in Fällen, in denen die Kosten ganz oder teilweise aus öffentlichen Mitteln zu übernehmen sind, im Bezirkssozialamt bzw. in der Sozialabteilung vorlegen und von der Oberfürsorgerin abstempeln lassen müssen als Nachweis, dass die Kostenfrage geregelt ist. Bei Schulkindern muss außerdem die Schule den Reiseschein abgezeichnet haben. Wird bei dieser Gelegenheit an Hand der von der Schule geführten Verschickungskartei festgestellt, dass das Kind nach der Antragstellung bereits durch die Schulbehörde -Schulfürsorge- in ein Heim verschickt war, so hat die Schule die Entsendestelle zu benachrichtigen, damit durch eine erneute vertrauensärztliche Untersuchung festgestellt werden kann, ob eine zweite Heimverschickung kurz nach Beendigung der ersten noch nötig ist.

(29) Vor Abgang eines jeden Kindertransports wird in der Entsendestelle mit den Müttern der betr. Kinder eine Transportbesprechung abgehalten, um die Mütter zu unterrichten über Kurverlauf, Kurausrüstung, erzieherische Sorgen usw.. An der Besprechung nimmt die jeweilige Heimleiterin teil, um einen persönlichen Kontakt mit Müttern und Heimleiterinnen im Interesse der Kinder zu ermöglichen.

(30) Einen Tag vor der Ausreise werden alle Kinder in der Entsendestelle von einem Vertrauensarzt auf Reisefähigkeit untersucht (infektiöse Krankheiten, ansteckende Hauterscheinungen usw.). Kleinkinder werden am Ausreisetag untersucht, um sie möglichst sicher infektfrei im Heim aufnehmen zu können. Von der Untersuchung aus fahren diese Kleinkinder im geschlossenen Transport in das vorgesehene Heim. Der untersuchende Arzt legt das Resultat der Ausreiseuntersuchung fest, um es bei der Rückkehruntersuchung nach beendeter Kur vergleichend verwenden zu können. Den Ausreiseuntersuchungen wohnen die Heimleiterinnen ebenfalls bei, um vom untersuchenden Arzt noch besondere Anweisungen entgegenzunehmen.

(31) Die Entsendestelle stellt die Transporte zusammen und ist für ihre Durchführung verantwortlich.

(32) Die Entsendestelle unterstützt und überwacht mit ihren fürsorgerischen Kräften die Heime in ihrer Arbeit.

(33) Die Oberfürsorgerinnen werden darüber auf dem laufenden gehalten, welche Bekleidung für die Kuren erforderlich ist und in welchen Heimen volle oder teilweise Bekleidung für die Kinder aus Heimbeständen gegeben wird. Bei jeder Oberfürsorgerin liegt eine Liste über die Kostgelder der einzelnen Heime aus.

## VIII. Entlassung und nachgehende Fürsorge.

(34) Unmittelbar nach Kurschluss wird jeder Transport in Gegenwart der Mütter wieder in der Entsendestelle von einem der Ärzte untersucht, der die Ausreiseuntersuchung vornahm. Ebenso sind eine Fürsorgerin der Entsendestelle und die betreffende Heimleiterin dabei. Ziel dieser Arbeitsgruppe in der Entsendestelle ist eine Kontrolle über die geleistete Heimarbeit und ein gegenseitiger Austausch von Erfahrungen. Es soll außerdem die Möglichkeit geschaffen werden, den Müttern notwendige Anweisungen zu geben, Nachbehandlungen zu empfehlen und direkte Meldungen an nachgehende Fürsorgestellen leiten zu können (an Orthopäden, an Schulen, an Jugendamt, andere Fürsorgerinnen usw.). Merkblätter über

Abhärtung, Leibeserziehung und Asthmabberatung werden in besonderen Fällen den Müttern mitgegeben.

(35) Die Durchschriften der ärztlichen gutachtlichen Formblätter werden mit ärztlichen und pädagogischen Schlussberichten den Antragstellern (z.B. der Mütterberatungsstelle, dem Schularzt, dem praktischen Arzt, der Tb.-Fürsorgestelle usw.) zur Einsichtnahme zugesandt.

#### IX. Ärztliche und zahnärztliche Versorgung der verschickten Kinder außerhalb der Heime.

(36) Müssen Kinder über die Betreuung im Heim hinaus ärztliche oder zahnärztliche Versorgung in Anspruch nehmen, so haben die Heimleiterinnen durch die Eltern des erkrankten Kindes einen Krankenschein beschaffen zu lassen und den hinzugezogenen Arzt darauf hinzuweisen, dass die Kosten durch die Krankenkasse bezahlt und der Krankenschein in Kürze vorgelegt werden wird. Tritt eine Krankenkasse nicht ein, so können die Ärzte und Zahnärzte ihre Rechnungen unmittelbar bei der Sozialbehörde -I 5- einreichen. Die Sozialbehörde übernimmt die Kosten nach den Mindestsätzen der PREUGO (Preußische Gebührenordnung für approbierte Ärzte und Zahnärzte), wenn die Hilfsbedürftigkeit des Kindes oder Jugendlichen feststeht und der Rechnung eine Bestätigung des Heimleiters beiliegt, dass die in der Rechnung angegebene Krankenhilfe in der Form und in dem Maße gewährt worden ist. Bei Selbstzahlern ist die Rechnung den Eltern unmittelbar zuzuleiten, ebenso in den Fällen, in denen eine Versicherung bei einer Privatkasse besteht.

(37) Die Heimleitungen haben außerdem jede beachtliche Erkrankung eines Kindes der Entsendestelle mitzuteilen. Besonders gilt dies für etwaige Häufungen oder bei epidemischem Auftreten von Krankheiten. Ebenso ist jeder Unfall der Entsendestelle sofort zu melden.

(38) Für die Bezahlung von Krankenhauskosten gilt Abs. 36 entsprechend. Die Sozialbehörde behält sich vor, die Notwendigkeit der Krankenhausbehandlung und deren Dauer nachzuprüfen.

Die DV. 232/80 S. 1-6 vom 1.3.1950  
(FW. 60/52) und die dazu ergangenen  
Rundschreiben werden aufgehoben.

I.V.  
Dr. P e t e r s e n  
Regierungsdirektorin

Verteiler:

Bezirksämter  
Abdrucke an  
Bezirkssozialämter  
Sozialabteilungen der Ortsämter  
Ortsamtsleiter  
I 1, I 2, I 5  
II 1-13, II Hfst.  
VI L  
nachrichtlich  
Amts-, Dienststellen- und  
Abteilungsleiter d. soz. Beh.  
Senat -Amt für Bezirksverwaltung  
Schulbehörde, Abt. Schülerfürsorge  
Jugendbehörde  
Gesundheitsbehörde



A n l a g e

=====

zu Absatz 4  
der DV. 232/80  
S. 1-7  
vom 4.8.1955

Von der Sozialbehörde belegte Genesungsheime.

=====

I. Kleinkindergenesungsheime

a) des Vereins für Kinder- und Jugendgenesungsfürsorge:

- |  |   |
|--|---|
| 1. Paulinenheim                                  | Hamburg-Volksdorf,<br>Hoisberg 15           |
| 2. Gertrudheim                                   | Hamburg-Wohldorf,<br>Bredenbeckstr. 44      |
| 3. Isoldenheim<br>(Keuchhustenheim)              | Ahrensburg,<br>Parkallee 45                 |
| 4. Emmahein<br>(Heim für tb-infizierte Kinder )  | Ahrensburg, Ernst-Ziese-Str. 15             |
| 5. Hasenhorst<br>(Heim für tb-infizierte Kinder) | Hamburg-Rissen,<br>Tinsdaler Kirchenweg 245 |
| 6. Birkenhöhe                                    | Ehestorf, Landkreis Harburg                 |
| 7. Hamburger Kinderheim<br>Timmendorfer Strand   | Timmendorf<br>Waldstr. 11                   |
| 8. Haus Hanna                                    | Niederkleveez                               |

b) Privatheime:

- |                   |                                 |
|-------------------|---------------------------------|
| 9. Marienhof      | Borstel bei Winsen              |
| 10. Haus Nordmark | Duhnen/Nordsee, Wehrbergsweg 47 |
| 11. Quäkerheim    | Holm-Seppensen                  |

## II. Genesungsheime für Schulkinder und Jugendliche.

### a) Heime des Vereins für Kinder- und Jugendgenesungsfürsorge:

- |                                       |                                       |
|---------------------------------------|---------------------------------------|
| 1. Hamburger Schulkindergenesungsheim | Wyk auf Föhr                          |
| 2. Hamburger Schulkindergenesungsheim | Trillup, Post Bergstedt, Bez. Hamburg |
| 3. Heideheim Schnede                  | Schnede b. Salzhausen                 |
| 4. Heim Linden-Au                     | Lüneburg                              |

### b) Heime der Arbeiterwohlfahrt:

- |                       |                             |
|-----------------------|-----------------------------|
| 5. Dr. Roß-Kinderheim | Westerland, Bei den Hedigen |
|-----------------------|-----------------------------|

### c) Heime anderer Organisationen:

- |  |   |
|--|---|
| 6. Kindersanatorium<br>Frieda-Klimsch-Stiftung | Peterzell-Königsfeld,<br>Bad. Schwarzwald |
| 7. Kinderklinik der Inneren Mission            | Garmisch-Partenkirchen                    |

### d) Privatheime:

- |                                |                           |
|--------------------------------|---------------------------|
| 8. Kinderheim Haus Burgfrieden | Bad Sachsa, Steinaustraße |
| 9. Kinderheim Haus Wallberg    | Tegernsee                 |

- - - -